

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 30 (1951)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Das europäische Flüchtlingsproblem  
**Autor:** Kägi-Fuchsmann, Regina  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336600>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## *Das europäische Flüchtlingsproblem*

Die kürzlich von der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe durchgeführte Sammlung hat der schweizerischen Bevölkerung in einem bescheidenen Maße zum Bewußtsein gebracht, daß auch in der Schweiz noch immer rund 9000 Flüchtlinge leben, von denen immer noch ein großer Teil auf die Flüchtlingshilfsstellen angewiesen ist. Aber außer den relativ kleinen Kreisen, die sich seit zwanzig Jahren intensiv mit Flüchtlingsproblemen befassen, nimmt die Schweizer Bevölkerung von dieser Tatsache kaum Kenntnis. Die dramatischen Zeiten, wo die Flüchtlinge, in ihrer physischen Existenz bedroht, an der Grenze unseres Landes um Einlaß baten, sind im ganzen und großen vorbei, wenn es auch heute noch einzelnen Opfern der Volksdemokratien gelingt, bis an die Schweizer Grenze zu gelangen, um hier Asyl zu finden. Die rechtlichen Verhältnisse der Flüchtlinge in der Schweiz haben sich grundlegend geändert. Sie sind, sofern sie vor dem Jahre 1945 in unser Land gekommen waren, nicht mehr zur Weiterwanderung gezwungen, sie können die Niederlassungs- und damit die Arbeitsbewilligung erhalten. Tatsächlich gelingt es auch den jüngeren unter ihnen dank der gegenwärtigen Konjunktur unterzukommen. Eine andere Frage ist es, ob sie nicht die ersten Opfer einer rückläufigen Wirtschaftsordnung sein werden. Deshalb sehen sich immer wieder Einzelne, trotz der rechtlichen Möglichkeit des Hierbleibens, zur Weiterwanderung gezwungen. Das schließt viele persönliche Tragödien in sich, denn es ist für Menschen, die während Jahren hier ein Asyl gefunden hatten, deren Kinder hier aufgewachsen sind und unsern Dialekt sprechen, die nach Jahren des Herumirrens und der Verfolgung hier sich mit tausend Wurzeln festgesaugt haben, unendlich schwer, alle diese Bindungen abzureißen und irgendwo wieder eine neue Heimstätte aufzubauen.

Einige tausend aber der noch hier weilenden Flüchtlinge sind wegen Alter und Krankheit nicht mehr imstande, von der Möglichkeit der Arbeitssuche Gebrauch zu machen. Sie sind vollständig auf die Unterstützung durch die Polizeiabteilung und durch die Flüchtlingshilfswerke angewiesen. Hier handelt es sich nicht mehr um heroische Taten der Flüchtlingsrettung, sondern um die stille und treue Befürsorgung der Opfer der nationalsozialistischen Aera.

Vermag schon das Schicksal der in der Schweiz lebenden Flüchtlinge das Interesse und das Mitgefühl unseres Volkes nur in bescheidenem Maße

zu beschäftigen, um wieviel ferner liegt ihm die europäische Flüchtlingsfrage, geschweige denn die außereuropäische. Und doch stellt diese ein derart bedeutsames menschliches, aber auch politisches Problem dar, daß die Schweiz, und daß auch vor allem die Sozialdemokraten nicht die Augen davor schließen dürfen.

Einige Zahlen mögen den Umfang des Problems umreißen, wobei wir uns auf das europäische Problem beschränken wollen, während die Hunderttausende in Israel und an seinen Grenzen ebenfalls eine gefährliche Tatsache darstellen, von den ungezählten Millionen in Vorder- und Hinterindien und in Korea ganz zu schweigen.

In Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich leben gegenwärtig ungefähr 15 Millionen Flüchtlinge. In Frankreich gibt es keine Flüchtlingslager mehr, doch bilden die rund 200 000 Spanier, die zum größten Teil immer noch auf eine Rückkehr in ihre Heimat hoffen und die noch nicht als völlig Gleichberechtigte im französischen Volke aufgegangen sind, zusammen mit den Hunderttausenden von Menschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn eine gewaltige Belastung der französischen Wirtschaft. Immerhin ist zu sagen, daß Frankreich wohl wie kein anderes Land Europas es stets verstanden hat, fremde Völkergruppen zu assimilieren, wenn ihm das auch gegenwärtig, wo es selbst von schweren inneren Störungen dauernd erschüttert wird, schwerer fallen dürfte als in ruhigeren Zeitläuften.

Ganz anders liegen vor allem in West-Deutschland die Dinge, das in seinem Bereich etwa 9,4 Millionen Flüchtlinge beherbergt, auf eine eigene Bevölkerung von rund 39,4 Millionen, das heißt ungefähr jede vierte in Westdeutschland lebende Person ist ein Flüchtling.

Die 9 400 000 Flüchtlinge setzten sich folgendermaßen zusammen:

7 600 000 *Heimatvertriebene*. Dies sind deutsche Staatsangehörige und Volksdeutsche, die vor dem 1. September 1939 außerhalb des Gebietes der vier Besatzungszonen lebten. (Weitere 4 Millionen Heimatvertriebene befinden sich in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin.) Die Mehrzahl von ihnen wurde aus den ehemals deutschen Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie oder aus der Tschechoslowakei oder aus Ungarn, Rumänien oder andern osteuropäischen Staaten vertrieben, wo ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt haben.

1 500 000 *Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone* Deutschlands und Berlins. Der Zustrom über die Ostgrenze scheint sich zurzeit in einer Größenordnung von etwa 200 000 pro Jahr fortzusetzen. Fast

die Hälfte davon sind jedoch Heimatvertriebene, die nur vorübergehend in der sowjetischen Zone lebten. Es ist unmöglich, zu sagen, wieviel Zuwanderer noch vom Osten zu erwarten sind.

300 000 *Flüchtlinge nichtdeutschen Ursprungs*. Hierbei handelt es sich um die Reste von einer Million Displaced Persons, die seit 1947 von der IRO betreut wurden, und um andere seit 1939 nach Westdeutschland zugezogene Ausländer, die aus politischen oder anderen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen. Ein Teil von ihnen wird vielleicht noch auswandern. Eine nicht unerhebliche Zahl wird jedoch in Westdeutschland bleiben<sup>1</sup>.

Die letztgenannte Gruppe bildet die sogenannten Harde-Core oder Härtefälle, Menschen, die zu alt oder krank sind, als daß sich noch ein Auswanderungsland für sie finden ließe. Um die deutschen Behörden zu entlasten und um wenigstens einer Anzahl dieser Unglücklichen noch einen erträglichen Lebensabend zu ermöglichen, hat eine Anzahl an Westdeutschland angrenzende oder benachbarte Länder beschlossen, einen Teil dieser Harde-Core-Fälle für dauernd bei sich aufzunehmen. Die Schweiz gewährt im ganzen 250 Personen dieser Gruppe seit einigen Monaten Asyl, und zwar zahlt die Polizeiabteilung pro Tag und Person 6 Fr., während die Hilfswerke für die bei ihnen Zuständigen die Arzt- und Kleiderkosten, sowie die fürsorgliche Betreuung übernehmen.

Diese Zahl von 9 400 000 Flüchtlingen bildet für ein Land mit einer so akuten Wohnungsnot und bei der noch nicht überwundenen Arbeitslosigkeit eine erdrückende Aufgabe. Sie wird durch den bereits erwähnten Umstand, daß man nicht damit rechnen kann, daß es bei dieser Zahl bleibt, sondern daß sie sich im Gegenteil um rund 20 000 Menschen pro Monat erhöht, eine fast untragbare Bürde.

Wenn man versucht, sich die Bedeutung dieser Zahlen klar zu machen, begreift man auch die politische Gefahr, die eine zusammengeballte Masse Verzweifelter im Herzen von Europa darstellt. Gewiß ist anzunehmen, daß ein Teil dieser Menschen nach und nach in der Wirtschaft integriert werden kann (Westdeutschland hat in dieser Hinsicht sehr viel bereits erreicht), doch sind der Aufnahme in den Industriezentren durch den Mangel an Wohnungen Grenzen gesetzt. Andererseits wird es nicht möglich sein, auch trotz der Ur-

---

<sup>1</sup> Die statistischen Angaben sind entnommen dem Bericht der «ECA, Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik», der dem deutschen Bundeskanzler am 21. März 1951 von der Kommission überreicht wurde.

barmachung allen verfügbaren Bodens, durch Entsumpfung, durch Umbruch ehemaliger Waffenübungsplätze, durch Aufteilung großer Güter usw. alle die Bauernfamilien aus dem Osten wieder als Bauern selbsthaft zu machen. Einige Hunderttausend müssen die Hoffnung aufgeben, je wieder auf eigenem Grund und Boden zu arbeiten.

Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen die Maßnahmen aufzuzählen – das könnte in einem weiteren Artikel geschehen –, die sowohl in Westdeutschland als in Österreich versucht werden, um die riesige Aufgabe zu bewältigen. Italien begnügt sich in der Hauptsache damit, die Flüchtlinge in sehr mangelhaft organisierten Lagern zusammenzufassen, wo den wenigsten eine produktive Arbeit möglich ist. Neben den vielen Maßnahmen mehr innenkolonialisatorischer Art spielt vor allem für die Displaced Persons die Auswanderung eine sehr bedeutende Rolle. Sie muß auch für die Heimatvertriebenen und die Volksdeutschen ins Auge gefaßt werden, wenn man sich auch nicht der Illusion hingeben darf, mit Auswanderung sei das Problem zu lösen. Dem stehen schon einmal finanzielle Schwierigkeiten entgegen. Die ECA-Kommission berechnet die Kosten für einen Auswanderer auf 2500 Dollar. Die Schweizer Europahilfe setzt einen bedeutend weniger hohen Posten ein; doch spielen 500 Dollar mehr oder weniger pro Kopf, da wo Milliardensummen nötig sind, keine ausschlaggebende Rolle. Aber wenn auch das Flüchtlingsproblem mit Auswanderung allein nicht gelöst werden kann, so stellt sie doch ein sehr wesentliches Mittel zur Erleichterung der ganzen Situation dar. Sie ist notwendig, vor allem für die bäuerlichen Elemente unter den Flüchtlingen, als auch im Interesse der Erschließung neuer Getreide- und Lebensmittelproduktionsgebiete.

Im allgemeinen haben sich bis jetzt sozialdemokratische Kreise nicht stark um diese Fragen gekümmert, auch die Comisco hielt sich bis jetzt abseits von diesem Problemkreis. Wir glauben, daß dies nicht richtig ist. Gewiß kann man einwenden, daß es unter diesen großen Flüchtlingsscharen verhältnismäßig wenig Sozialdemokraten gebe. Sicherlich bilden sie eine verschwindende Minderheit, der individuell geholfen werden muß. Aber wir haben hier das Gesamtproblem im Auge. Es ist nicht gleichgültig, ob man sich dafür einsetzt, daß für diese Menschen möglichst konstruktive Lösungen gesucht werden, die ihnen den Wiederaufbau einer sinnvollen Existenz ermöglichen, oder ob man ihre Eingliederung in die Wirtschaft ausschließlich Rechtskreisen überläßt. Es besteht in gewissen Ämtern, in allen drei betroffenen Ländern die Tendenz, die Flüchtlinge vor allem als billige Arbeitskräfte zu werten. Dadurch kann der Druck der Verzweiflung so groß werden, daß er sich in gefährlichen Explosionen und Rechtsentwicklungen Luft macht. Es ist auch

nicht gleichgültig, wie das Auswanderungsproblem an die Hand genommen wird: ob man die Leute einfach mit ein paar Landungsbatzen abschiebt oder ihnen die Möglichkeit zur Gründung einer neuen Existenz verschafft. Die Schweizer Europahilfe führt gegenwärtig einen Kolonisationsplan für 2500 Personen in *Brasilien* durch, wobei sie neue Wege geht, so daß das Unternehmen beispielhaft für ähnliche Vorgehen auf breiterer Grundlage werden kann. Daß Genosse R. Bertholet als Beauftragter des Schweizer Arbeiterhilfswerkes maßgeblich an der Plangestaltung und der Finanzierung beteiligt ist, scheint uns wesentlich. Wir halten es für notwendig, daß die schweizerische Partei und die Comisco sich dafür interessieren, wie die neue internationale Flüchtlingshilfskommission, welche die IRO ablösen wird, zusammengesetzt wird, und daß die Sozialdemokratie darin vertreten ist.

Die Flüchtlingsfrage ist nicht nur eine humanitäre Angelegenheit, der allein mit individueller Fürsorge begegnet werden kann, sondern sie ist auch ein eminent politisches und wirtschaftliches Problem, an dessen Lösung der demokratische Sozialismus seinen Beitrag zu leisten hat.

HEINZ ABOSCH

## *Die politische Situation in Frankreich*

Nichts fiel der 1946 gewählten Nationalversammlung schwerer als die Vorbereitung neuer Wahlen. Ein ganzes Jahr benötigte die parlamentarische Mehrheit, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Es bedurfte dazu der langwierigsten Verhandlungen zwischen Regierungsparteien und eines mehrmals in Erscheinung tretenden Bruchs in den Reihen der Mehrheit, der im Frühjahr 1950 zum Sturz des Kabinetts führte. Der Anblick, den damit das Regime bot, war nicht erhebend. Fieberhaft stritt das Parlament während Monaten um das Wahlrecht, während dringende finanzielle und wirtschaftliche Fragen beiseite geschoben wurden. Damit soll nicht gesagt werden, daß dem aufgeworfenen Problem keine hervorragende Bedeutung gebührte, ging es doch um den Versuch, eine festere parlamentarische Mehrheit zu schaffen, als es die war, die Frankreich seit 1947 regierte. Seit dieser Zeit betrug die durchschnittliche Lebensdauer der Ministerien keine sechs Monate: die Regierung Queuille 1948/49, die ein Jahr dauerte, war eine denkwürdige Ausnahme. Währenddessen gab es Kabinette, die nicht mehr als einen Monat oder mitunter nur einen Tag an der Macht waren.